

„Kriminalisierung ist das Letzte, das die Politik braucht“

Seine Gegner wollen Minister Rauch die Staatsanwaltschaft ins Haus schicken. Experten sehen dies kritisch.

ANDREAS KOLLER

WIEN. Er war Präsidiälchef des Bundeskanzleramts, er diente unter roten Kanzlern ebenso wie unter schwarzen und er war vor allem der unabhängigen Übergangskanzlerin Brigitte Bierlein ein unverzichtbarer Berater: Manfred Matzka, deklariertes SPÖ-Mann, historisch überaus beschlagener Spitzenbeamter und allseits geachteter Jurist.

Entsprechend viel Staub wirbelte dieser Tage ein Brief auf, den der pensionierte Kanzleramts-Präsidiälchef an Gesundheitsminister Johannes Rauch richtete. In dem eher flapsig gehaltenen Schreiben droht Matzka dem „sehr geehrten Herrn Bundesminister“ mit dem Strafrecht: Es könne durchaus sein, dass die Tatbestände „vorsätzliche“ und „fahrlässige Gemeingefährdung“ für den Minister „persönlich von Bedeutung sein werden“. Und zwar wegen dessen Entscheidung, die

Quarantäne für symptomlos infizierte abzuschaffen. Er wüschte dem Minister im „gegen Sie einzuleitenden Strafverfahren“ viel Glück, schreibt der Sektionschef i. R. süffisant.

Der linke Aktivist und Kommunikationsberater Rudi Fußi nahm die Anregung dankbar auf: „Habe soeben eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Wien übermittelt. Ich bitte um Einleitung eines Verfahrens gegen Gesundheitsminister Rauch“, twitterte er am Sonntag.

Womit die hierzulande seit einigen Jahren um sich greifende Mode, dem politischen Gegner die Staatsanwaltschaft ins Haus zu schicken, um eine weitere Facette reicher ist. Was stellt diese Form der Auseinandersetzung mit der Politik an?

Als „überaus demokratiegefährdend“ bezeichnet Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Par-

lamentarismus und Demokratiefragen, die besagte Tendenz. „Diese ständige Kriminalisierung ist das Letzte, das die Politik brauchen kann“, sagt er. Zögernitz macht nicht nur anzeigefreudige Politiker und Aktivisten für diesen Trend



„Mehr Sensibilität“: Staatsanwälte-Präsidentin Cornelia Koller. BILD: SN/APA

verantwortlich. Vielmehr handle es sich um eine „unheilige Allianz“ zwischen der Politik und der Justiz: „Manche Staatsanwaltschaften, insbesondere die Korruptionsstaatsanwaltschaft, greifen immer mehr in die Politik ein – und die Politik befeuert diese Tendenz mit ihren ständigen Anzeigen“, sagt Zögernitz. Der Parlamentsexperte und

einstige ÖVP-Klubdirektor verweist auf Anzeigen aus dem Umfeld des Korruptions-U-Ausschusses, etwa wegen angeblicher Falschaussage, die zu massiven staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die betroffenen Auskunftspersonen geführt hätten. Und auf die Frage, ob er glaube, dass auch die Anzeige gegen Rauch zu Ermittlungen führen könne, sagt der Experte: „Bei dieser Tendenz halte ich nichts für ausgeschlossen.“ Insgesamt steuere Österreich in eine Phase, „die der Politik sehr schadet“, sagt Zögernitz.

Auch Cornelia Koller, Präsidentin der Vereinigung Österreichischer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, kommentiert die zunehmende Befassung der Staatsanwaltschaften mit politischen Vorgängen kritisch. Natürlich habe jedermann das Recht, Anzeigen zu erstatten, sagt sie auf SN-Anfrage. „Ich würde mir aber mehr Sensibilität wünschen, was den Umgang mit den

Persönlichkeitsrechten betrifft“, fügt die Standesvertreterin hinzu. Das Problem der Anzeigen im politischen Umfeld bestehe darin, dass darüber sofort in der Öffentlichkeit berichtet werde, was die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen beeinträchtigt.

Tatsächlich kursierte der Brief Matzkas an Rauch ebenso wie die daraufhin erfolgte Sachverhaltsdarstellung Fußis gegen Rauch in Minuten-schnelle in den sozialen Medien und löste entsprechendes öffentliches Echo aus. Staatsanwältin Koller gibt zu bedenken, dass die Erstattung einer Anzeige noch lange nicht bedeute, dass die Staatsanwaltschaft tatsächlich Ermittlungen aufnehmen oder dass es gar zu einer Anklage komme. „Ich bin dagegen, dass erfolgte Anzeigenerstattungen bereits in dieser frühen Phase öffentlich diskutiert werden“, sagt die Präsidentin der Staatsanwälte-Vereinigung.